

1. September - Antikriegstag Abrüsten statt Aufrüsten!

Vor 80 Jahren, am 1. September 1939, begann das faschistische Deutsche Reich mit dem Überfall auf Polen den 2. Weltkrieg.

Ein Krieg zur Eroberung, Versklavung und Vernichtung anderer Völker und Länder, der nur unter größten Opfern durch die Armeen der Anti-Hitler-Koalition und der Widerstandsbebewegungen aller Länder Europas beendet werden konnte. Insbesondere die Sowjetunion, die 27 Millionen Todesopfer beklagen musste, hatte entscheidenden Anteil an der Befreiung Deutschlands.

„Nie wieder Krieg!“ – das war 1945 der mehrheitliche Wille der deutschen Bevölkerung und der Völker der Welt. Aber die heutige Politik der deutschen Bundesregierung ist nicht dem Frieden verpflichtet. Denn sie steht fest an der Seite von USA, NATO und EU und versucht mit einer Beteiligung an deren Kriegspolitik an internationaler Macht zu gewinnen. Von Afghanistan bis Mali: Die Bundeswehr hilft, die westlich dominierte Weltordnung aufrechtzuerhalten – im Interesse der großen Banken, Konzerne und Finanzeliten.

ABRÜSTEN STATT AUFRÜSTEN

Die Bundesregierung hat im vergangenen Jahr die Ausgaben für Militär und Rüstung drastisch erhöht. Von 38,5 Mrd. Euro jährlich auf 43,2 Mrd. Euro – die größte Erhöhung seit Ende des Kalten Krieges. Wenn es nach der NATO geht,

sollen bis zum Jahr 2024 sogar 2 Prozent der deutschen Wirtschaftsleistung für das Militär ausgegeben werden. Was sich zunächst gering anhört, wären aber ca. 85 Mrd. Euro – die jährlich für Panzer, Raketen, Kriegsschiffe und Kriegswaffen jeglicher Art verschwendet werden sollen.

Die neue „Verteidigungs“ministerin Kramp-Karrenbauer hat als erste Amtshandlung ein deutliches Bekenntnis zu diesem NATO-Ziel abgelegt. Uns



bedroht jedoch kein Land der Welt. Weder Russland noch China wollen Krieg mit uns. Es ist die NATO, die immer weiter an die russische Westgrenze vorrückt und dort mit Truppenaufmärschen und Manövern provoziert.

Diese Politik ist brandgefährlich – sie setzt Leben und Sicherheit der Menschen in Deutschland und Europa aufs Spiel.

Mit der Kündigung des INF-Vertrages spitzt die US-Regierung den neuen Kalten Krieg gegen Russland zu. Dieser Vertrag verbannte ab 1987 eine ganze Waffengattung – nukleare

Mittelstreckenraketen mit einer Reichweite zwischen 500 und 5.000 km – aus Europa. Die USA hatten den Vertrag bereits seit längerem durch die Stationierung der Raketenkomplexe in Polen, Rumänien und Japan unterlaufen, die nach Auffassung Russlands für den Abschuss nuklear bestückter Mittelstreckenraketen geeignet sind – und damit Russland unmittelbar bedrohen. Damit bringt die US-Regierung das Szenario eines nuklearen Infernos nach Europa – unterstützt von der deutschen Bundesregierung, die ebenfalls Russland die Schuld am Ende des INF-Vertrages gibt. Dem US-Militär wird immer noch der rote Teppich ausgerollt: US-Atombomben lagern auf dem Fliegerhorst Büchel, in Ramstein befindet sich die größte US-Airbase außerhalb der USA und alle neun Mo-

nate rollen US-Truppen über deutsches Territorium Richtung Osten. Die US-Regierung überzieht China, Russland und seine Partner in aller Welt mit Wirtschaftssanktionen – und zunehmend auch mit Kriegsdrohungen.

Nach Venezuela wird nun der Iran bedrängt. Jeder Angriff auf den Iran würde mit Gegenschlägen beantwortet und so die ganze Region in einen Krieg mit unabsehbaren Folgen stürzen. Dessen ungeachtet verlässt die deutsche Bundesregierung nicht das enge

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

Bündnis mit den USA. Anstatt deren Kriegskurs zu verurteilen, ermahnt Außenminister Maas ausschließlich den Iran, seinen Teil des Atomabkommens weiterhin einzuhalten.

Deutschland darf sich auf keinem Fall der US-Aggression gegen den Iran in der Straße von Hormus anschließen!

Statt immer mehr Steuergelder in neue Kriegsabenteuer zu stecken brauchen wir endlich Geld für mehr Personal in Krankenhäusern, mehr Geld für Schulen und sichere Renten!

Wir brauchen keine milliardenschweren EU-Hochrüstungprojekte für die Kriegsindustrie, sondern ein besseres Bus- und Bahnsystem!

Wir brauchen bezahlbaren Wohnraum in öffentlichem Eigentum statt deutscher Truppen im Ausland und ausländischer Truppen im Inland!

DIE DKP FORDERT:

- **Keine Verdoppelung des Militärhaushaltes**
- **Verbot jeglicher Rüstungsexporte**

„Nazis morden, der Staat schaut zu..“

Aus: Stellungnahme der SDAJ Hessen

Der Lübcke-Mord reiht sich in faschistische Gewalttaten in Hessen und bundesweit ein. Die NSU-Opferanwältin Basay Yildiz bekommt zwischen Sommer 2018 und Frühling 2019 vier Morddrohungen. Vermutlich haben Polizisten des 1. Frankfurter Polizeireviers ihre Adresse herausgegeben. Obwohl der Fall bereits im Sommer polizeilich bekannt wird, wird er erst im Dezember öffentlich gemacht, vom LKA übernommen und im hessischen Innenministerium behandelt. Vorher wird er totgeschwiegen und scheinbar nicht ernst genug für das LKA genommen. Der Staat und seine Organe stehen nicht auf unserer Seite im antifaschistischen Kampf. Das zeigen uns besonders deutlich die Verstrickungen des Verfassungsschutzes in die NSU-Mordserie. Ein anderes Beispiel: Das Bundesverfassungsgericht wollte die NPD nicht verbieten, weil der Verfassungsschutz diese Partei unterwandert und möglicherweise gesteuert habe. Man sieht, dass wenn der Verfassungsschutz in die Überwachung rechter Struk-

turen investiert, das zur finanziellen Stärkung und stärkeren Verstrickung zwischen rechten Strukturen und staatlichen Institutionen führt. Bereits jetzt ist die Verflechtung zwischen der AfD und diesem Staatsapparat eng. So sitzen bisher überdurchschnittlich viele Richter, Staatsanwälte, Polizisten und Soldaten für die AfD in Parlamenten.

Das alles ist kein Zufall. Faschisten und rechte Gewalt haben verschiedene Funktionen für diesen Staat: Sie schüchtern Gewerkschafter und andere fortschrittliche Kräfte ein. Lobbyverbände der großen Banken und Konzerne fordern einen radikalen Staatsumbau, um ihre Profitorate gegen Ansprüche der arbeitenden Bevölkerung und internationale Konkurrenz (auch militärisch) zu sichern. Deswegen brauchen sie Hartz IV, Aufrüstung und Sparmaßnahmen auf dem Rücken der breiten Bevölkerung und schärfere Polizeigesetze, um sich gegen zu erwartenden Widerstand zu

Fortsetzung auf Seite 3

Rabe meint ...



In der öffentlichen Diskussion ist von einem vermeintlich neuen Beriff des "Rechtsterrorismus" die Rede. Die gesamte Geschichte der Bundesrepublik Deutschland ist geprägt von Nazigedanken und Nazihandeln. Erinnert sei daran, dass Nazifunktionäre in Politik und Wirtschaft den Anfang der Bundesrepublik geprägt haben. Der Geheimdienst und die Bundeswehr wurden von Altnazis aufgebaut. Hier ein paar Namen: Globke, Gehlen, Kiesinger, Filbinger und Krupp, die Liste läßt sich beliebig weiterführen.

Die politische Richtung ging immer nach rechts, mal mehr mal weniger. Der Kampf der Herrschenden seit Beginn der Bundesrepublik geht gegen Links. Das Verbot der KPD, das heute immer noch gilt, war ein Meilenstein gegen linke, fortschrittliche und Friedens-Politik. Dieser Kampf der Herrschenden gegen alles Fortschrittliche setzt sich bis in die Gegenwart fort. Seit Bestehen der AfD hat man nun einen politischen Arm, der von sehr rechtskonservativer Richtung bis offen faschistischer Richtung das ganze Spektrum abdeckt und in allen Länderparlamenten und im Bundestag erzkonservatives und rechtes Gedankegut hoffähig machen soll. Daneben gibt es - und die Übergänge sind fließend - noch andere rechte Gruppierungen Parteien und rechte Kameradschaften. Diese kurze Zustandsbeschreibung ist sicher lückenhaft, aber in der Grundaussage richtig, denn der Schoß aus dem der Faschismus kroch ist noch fruchtbar.

Alle Demokraten sind aufgerufen, dagegen ihre Stimme zu erheben!

Fortsetzung von Seite 2

wehren. Weil die etablierten Parteien Politik gegen die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung machen und deswegen die Arbeits- und Lebensbedingungen immer prekärer werden, verlieren sie konstant an Glaubwürdigkeit. Deswegen gehen Teile des Kapitals auf Tuchfühlung mit rechten Gruppierungen, um die Unzufriedenheit statt in antikapitalistische, in für das Kapital ungefährlche Bahnen zu lenken. Da sind Flüchtlinge und „faule“ Arbeitslose willkommen. Sündenböcke, um die wahren Profiteure dieser Situation zu verschleiern. Denn AfD und Co. sind keine Alternative im Interesse der werktätigen Bevölkerung, sondern im Interesse der Profiteure der großen Banken und Konzerne. Sie treiben diese Politik auch jetzt schon aktiv voran. Die Forderung nach Wiedereinführung der Wehrpflicht kam aus Nazi-Kreisen, bevor die CDU sie aufgriff. Die Antwort auf rechte Gewalt ist die Aufstockung dieses rechten

Verfassungsschutzes und die hemmungslosere Abschiebung in immer mehr Länder.

Als Antwort auf den Rechtsruck müssen wir in alltäglichen Auseinandersetzungen in Schule, Uni und Betrieb zeigen, dass wir Verbesserungen nur gemeinsam mit unseren ausländischen KollegInnen gegen die Interessen der großen Banken und Konzerne und ihre Politiker erkämpfen können. Um die bürgerliche Demokratie zu schützen, die für uns bessere Kampfbedingungen für bessere Lebensbedingungen und für den Sozialismus ermöglicht, ist zwangsläufig die Forderung nach Verbot aller faschistischen Organisationen und nach Auflösung des Verfassungsschutzes zu stellen und aktiv zu erkämpfen.

Du bist Auszubildender, Schüler, Student oder junger Arbeiter und willst aktiv gegen Nazis und für ein besseres Leben werden?

Dann melde dich unter: info@sday-hessen.de

Wohnen ist Menschenrecht!

Überall werden bezahlbare Wohnungen gesucht. Man sucht bebaubare Flächen. Sozialwohnungen gibt es zu wenig. Auf der anderen Seite Bauboom bei Luxuswohnungen. Immobilienkonzerne werden an der Börse gehandelt. In Frankfurt erleben wir diese kapitalistische Dynamik hautnah. Hier wie in anderen Städten suchen viele Menschen verzweifelt eine bezahlbare Mietwohnung, gleichzeitig werden große Luxus-Wohnanlagen gebaut. „Immobilien neuer Dimension“ wie zum Beispiel im Europaviertel. Die Preise der Wohnungen beginnen bei 8.500 Euro pro Quadratmeter und reichen bis zu 12.000 Euro. So ist etwa eine „Residence“ mit 98 Quadratmetern für 967.710 Euro zu haben.

Es entsteht ein Luxus-Wohn-Quartier „ein exklusiver Rahmen für ein komfortverwöhntes Leben“.

Es schließt sich dann noch ein zweiter, größerer Bauabschnitt entlang der Senckenberganlage an, der rund 19.400 Quadratmeter Nutzfläche umfassen soll. Der Planungsdezernent Mike Joseph hat jetzt gerade Gelände für 30.000 zusätzliche Wohnungen ausgewiesen. Wenn die Stadt nicht sozialen Wohnungsbau vorschreibt, dann werden auch das wieder Luxuswohnungen und höchstens 30% werden nach dem Frankfurter Förderweg entstehen. Dabei haben 49% aller Frankfurter Mietwohnungs-Haushalte Anspruch auf eine Sozialwohnung zu einem

Fortsetzung auf Seite 4

Gedankensplitter

Alles red vom Klimawandel und dauernd ibberschlaache se sich mit neue Vorschlesch. Abber was gescheides is da bisher net debeigewese, außer de klaane Leut des Lebe noch schwerer zu mache.

Wie wärs dann dademit: Zuerst muss die Bahn die stillgeleschte Gleise widder in Betrieb nemme. Dadenach werd de Bahnverkehr weider ausgebaut. Außerdem werd ordentlich die Straßebahn und de Busverkehr in gans Hesse verbessert und en bessere Takt vor allem uff de Dörfer eige führt.

Dann griecht jeder Einwohner in Hessen sei Jahresticket automadisch fer umsonst zugeschiggt.

Jetzt heer ich schon widder wer soll dann des bezaale?

Ei, warum net wie in de Schweizz un in Frankreich mal e Nahverkehrsabgab von de Betriebe verlange. Statt die Luftfahrt zu subwenzioniere, werd die Bahn uf de Langschregge billischer. Dann wern innerdeutsche Flüsch eifach abgeschafft. Dann wärs aach um de Fluchhafe e bisje leiser.

Die Energiekonzerne wern verstaatlicht. Energieerzeugung derf kaan Profit bringe! Vor allem brauche mer die Energieerzeugung regional un net in de Nordsee. Ich würd dann gern in Frankfort die ganze Betonblätz uffreisse und alles noch e bisje begrüne.

Ja, wenn se misch mal fraache dehte. Abber misch freescht ja kaaner.

Nix fer ungt

Ihne Ihr aal
Sachsehäuserin



Fortsetzung von Seite 3

Mietpreis von 5,00 bis 6,50 Euro. Zusätzlich haben weitere 19% aller Mieter*innen einen Anspruch auf eine Wohnung des sogenannten zweiten Förderwegs, also für 8,50 bis 10,50 Euro pro Quadratmeter (Frankfurter Mittelschichtsprogramm).

Wir sagen: Die Politik muss Wohnen endlich wieder als Grundrecht verstehen. Mietenwahnsinn und Verdrängung sind keine Naturgesetze.

Wir dürfen das Wohnungswesen nicht dem Kapital überlassen!

Die „Party“ der Immobilienkapitalisten muss endlich beendet werden. Immobilienkonzerne

müssen vergesellschaftet werden.

Erst dann können Städte endlich wirksam gegen steigende Mieten vorgehen! Der Markt ist völlig entfesselt. Verantwortlich ist das kapitalistische System in dem alles zur Ware gemacht wird, auch das Menschenrecht auf Wohnen.

Eine Untersuchung im Auftrag des Sozialverbands Deutschland schlägt Alarm: Die Miete drücke mehr als eine Million

Haushalte in Deutschland unter Hartz-IV-Niveau. Außerdem geben Ärmere, gemessen am Haushaltseinkommen, deutlich mehr für das Wohnen aus, als Normalverdiener. Die Hälfte der Mieterhaushalte in Deutschland wendet demnach mindestens 29% ihres Nettoeinkommens für die Bruttokaltmiete auf.

Bei Geringverdienern mit weniger als 1.300 Euro Haushaltseinkommen liegt dieser Anteil bei 46% – also erheblich höher.

Arme, Studierende, Menschen mit geringem Einkommen, Rentnerinnen und Rentner werden verdrängt. Und auch für Menschen mit mittlerem Einkommen

wird es eng! Immer mehr Anteile von Lohn und Gehalt müssen fürs Wohnen aufgebracht werden und fehlen an anderer Stelle.

Der soziale Wohnungsbau ist weiter im Niedergang. Das sind die Fakten!

Wer eine halbwegs bezahlbare Wohnung sucht, drängt ins Umland. Nur wird das Umland auch nicht wie ein Schwamm alle Suchenden aufnehmen können.



unsere zeit

Sozialistische Wochenzeitung
Zeitung der DKP



**Wir schreiben – auch
beim Thema Frieden –
dort weiter, wo andere
Medien längst schweigen.**

Ich möchte gerne:

- Die UZ sechs Wochen **gratis** Probelesen (Print & Online)! Der Bezug endet automatisch
- Weitere Informationen über die DKP

Name

Vorname

Straße, Hausnr.

PLZ

Ort

Telefon

E-Mail

(Ohne E-Mail kein Online-Bezug möglich)

**Zurück an: DKP-Parteivorstand
Hoffnungstraße 18 . 45127 Essen
Tel.: 0201 - 17 78 89 23
E-Mail: info@unsere-zeit.de**

Ein Platz für die Gingolds . . .

... diese Forderung erhoben bei einer Kundgebung am 9. März 2019 ca. 250 Menschen, die zu einer Kundgebung der Ettie-und-Peter-Gingold-Erinnerungsinitiative in Niederrad gekommen waren.

Der Widerstandskämpfer Peter Gingold war über Frankfurt hinaus bekannt und beliebt. Er sprach bei vielen antifaschistischen Kundgebungen.

Ettie ist Vielen noch als die Frau mit dem Krefelder Appell in Erinnerung geblieben. In Niederrad, wo Ettie und Peter Gingold nach der Befreiung vom Faschismus 1945 ansässig wurden, entstand die Idee, einen namenlosen Platz, nach den Gingolds zu benennen. In unmittelbarer Nähe, befand sich bis zu ihrem Tod der Wohnsitz der Gingolds.